

#PRESSEMITTEILUNG 14. Oktober 2014

Werke Zwickau und Eberswalde: Schließungsbeschluss aufheben!

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert die Deutsche Bahn auf, den Beschluss zur Schließung der Werke Zwickau und Eberswalde zurückzunehmen. „Die Beschäftigten dürfen nicht die Zeche für unternehmerische Fehlentscheidungen und eine verfehlte Verkehrspolitik zahlen“, sagte der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. Auf Antrag der EVG wird am Mittwoch (15. Oktober) der Aufsichtsrat der DB Fahrzeuginstandhaltung zu einer Sondersitzung zusammenkommen. „Wir werden die Standortentscheidungen des Arbeitgebers fort sehr kritisch hinterfragen und unsere Position sehr klar vertreten.“

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert die Deutsche Bahn auf, den Beschluss zur Schließung der Werke Zwickau und Eberswalde zurückzunehmen. „Die Beschäftigten dürfen nicht die Zeche für unternehmerische Fehlentscheidungen und eine verfehlte Verkehrspolitik zahlen“, sagte der Stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. Auf Antrag der EVG wird am Mittwoch (15. Oktober) der Aufsichtsrat der DB Fahrzeuginstandhaltung zu einer Sondersitzung zusammenkommen. „Wir werden die Standortentscheidungen des Arbeitgebers fort sehr kritisch hinterfragen und unsere Position sehr klar vertreten.“

„Im Interesse aller Beschäftigten der Fahrzeuginstandhaltung verlangen wir ein nachvollziehbares und tragfähiges Konzept zur Erhaltung der Arbeitsplätze“, so der Gewerkschafter weiter. Die EVG lehne es insbesondere ab, dass Leistungen ins Ausland verlagert werden. Die Deutsche Bahn will ihre Züge verstärkt im polnischen Werk Rybnik warten und reparieren lassen. Damit werde das Lohnkostengefälle zwischen Deutschland und Polen

ausgenutzt, um hierzulande Arbeitsplätze abzubauen, kritisiert der Gewerkschafter. „Es ist unfassbar, dass ein Bundesunternehmen in dieser Weise Lohndumping betreibt.“

Die EVG begrüße die angekündigte Unterstützung für beide betroffenen Standorte durch Landes- und Kommunalpolitiker. Beide Werke befinden sich in strukturschwachen Regionen. „Wir und die Beschäftigten freuen uns über die Solidaritätsbekundungen aus der Politik“, so Hommel. „Es muss aber irgendwann auch geliefert werden, und wir werden die Politiker gegebenenfalls daran erinnern.“